

CORONA-KRISE:

Soziales Krisenmonitoring - Stadt stellt neues Instrument zur Beobachtung der sozialen Entwicklung vor

Die Folgen der Covid-19-Pandemie bringen viele Menschen in Hannover in finanzielle Schwierigkeiten. Um die sozialen Notlagen frühzeitig zu erkennen und gezielte Maßnahmen für die Planung und Steuerung abzuleiten, hat die Landeshauptstadt Hannover ein neues Instrument, das soziale Krisenmonitoring, entwickelt. Es soll ab sofort monatlich auf www.hannover.de/soziales-krisenmonitoring erscheinen.

Es werden Themenfelder wie Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, der Bezug von Leistungen, wie Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt oder Wohngeld sowie die Frage der Entwicklung der Überschuldung privater Haushalte und Verbraucherinsolvenzen beleuchtet. Aus der Datenbasis sollen Handlungsoptionen zur Unterstützung betroffener Menschen abgeleitet und umgesetzt werden. Das Konzept des neuen Steuerungsinstrumentes mit ersten Datenerhebungen wurde im Vorfeld des Sozialausschusses am 15. Juni zur Information an die Ratsgremien versendet.

Belit Onay, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, dazu: "Die Corona-Krise hat viele Bürger*innen in Hannover vor große Herausforderungen gestellt, viele Existenzen sind bedroht. Es ist mir daher ein großes Anliegen, die sozialen Entwicklungen und Notlagen in Hannover frühzeitig zu erkennen, damit wir schnell und praktisch helfen können. Dieses Monitoring ist ein soziales Frühwarn-System und ermöglicht uns eine gezielte Steuerung von Maßnahmen."

Das soziale Krisenmonitoring soll datenbasierte Antworten beispielsweise auf folgende Fragen geben: Wie viele Personen sind, gemessen an verschiedenen Indikatoren, durch die Covid-19-Pandemie in eine wirtschaftliche oder existenzielle Notlage geraten? Wie vielen wird es gelingen, sich mittel- oder langfristig wieder finanziell unabhängig zu machen? Wie vielen Menschen in Hannover steht aktuell nicht das gewohnte Einkommen zur Verfügung?

„Viele unserer Unterstützungssysteme mussten und müssen infolge der Covid-19-Pandemie verändert und an neue Bedarfe und Rahmenbedingungen angepasst werden“, erläutert Konstanze Beckedorf, Sozialdezernentin der

Landeshauptstadt Hannover. „Für die soziale Arbeit, die Quartiers- und Nachbarschaftsarbeit oder die Beratung und Begleitung vor Ort bedeutet das unter anderem, den Bürger*innen mehr Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten anzubieten“, so Beckedorf weiter.

Beispielsweise wissen viele Geringverdiener*innen, die zusätzlich in Kurzarbeit sind, nicht, dass sie ergänzend SGB-II Leistungen beantragen können.

Darüber hinaus müssen alternative Begegnungsformen mit betroffenen Menschen entwickelt werden (analoge und digitale Methoden, Zugänge und Formate), damit der persönliche Kontakt aufrechterhalten werden kann. Der Bereich der städtischen Gemeinwesenarbeit ist hier bereits mit Infoständen auf markanten Plätzen in einigen Stadtteilen aktiv. Projekte und Aktionen werden zusammen mit Partner*innen vor Ort initiiert, um auf neuen Wegen in Kontakt zu kommen, zu hören, wie es den Bewohner*innen geht und Isolation und Krisen entgegenzuwirken.

Des Weiteren bietet das städtische Integrationsmanagement in Abstimmung mit den Ehrenamtlichen in den Unterkünften Nachhilfe für die Kinder von Geflüchteten an.

Die Datenerhebungen des ersten Monitorings ergeben folgendes Bild:

(Relevante und zugleich monatlich verfügbare Daten liegen nicht immer auf der Ebene des Stadtgebiets vor. In diesem Fall werden fallbezogen Daten für das Gebiet der Region Hannover herangezogen).

Die Kurzarbeit in der Region Hannover ist in den Monaten März und April 2020 massiv und sprunghaft angestiegen, konkret von vierundzwanzig Betrieben im Februar auf rund 2.700 im März und rund 7.800 im April. Ab Mai werden erste Auswirkungen der Lockerungen deutlich erkennbar: Weniger als 900 Unternehmen zeigten Kurzarbeit an. Die von Kurzarbeit potentiell Betroffenen, weil von den Unternehmen angezeigten Personen, stieg von rund 150 im Februar auf über 115.000 im April und sank im Mai auf rund 14.400. Im Monat Mai ist die Anzahl der Betriebe und Personen in Kurzarbeit also im Zuge des Restarts unter das Niveau vom März gesunken.

„Hartz IV“: Im März 2020 war in der Region Hannover bereits ein Anstieg der Empfänger*innen von SGB II-Leistungen um 1.618 Personen zu verzeichnen. Im April 2020 kamen weitere rund 4.540 Personen dazu, im Mai zusätzlich etwa 3.700 Leistungsempfänger*innen. Damit stieg die Anzahl der SGB II-Empfänger*innen seit Beginn der Pandemie um insgesamt 9.855 an.

Arbeitslosigkeit: In der Stadt Hannover ist von März bis Mai ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um 19,1 Prozent zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Arbeitslosen um 17 Prozent an.

Die Anzahl der SGB XII Empfänger*innen in der Stadt Hannover (Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) stieg im März, zum Beginn des Lockdowns, um 110 Personen an und befindet sich seitdem auf gleichbleibendem Niveau. Ob diese Entwicklung Corona-induziert ist, bleibt zu beobachten.

Wohngeld: Seit Januar 2020 steigt die Anzahl der Wohngeldempfänger*innen in der Stadt Hannover kontinuierlich an. Corona-bedingte Entwicklungen können daraus zunächst nicht abgeleitet werden. Ein sich abzeichnender Anstieg der Fallzahlen kann auch Folge der Wohngeldreform vom 1. Januar 2020 sein. Die Steigerung der Antragszahlen seit März gehen nach Bewertung der Stadtverwaltung auf Corona-bedingte Einkommensausfälle (z.B. Kurzarbeit, ALG I und Einkommensausfälle Studierender) zurück.

Die zugrundeliegenden Indikatoren für die Erhebung werden „dynamisch“ angepasst und erweitert, sofern es neue Daten oder Quellen gibt. Viele Veränderungen werden erst mit einer Zeitverzögerung erkenn- oder messbar, zum Beispiel die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.

Soziales Krisenmonitoring. Ab sofort monatliches Update unter:
www.hannover.de/soziales-krisenmonitoring

PRESSEINFORMATION